

Jürgen Peters

**Der Kampf gegen die Demontage und für die
Erhaltung der Reichswerke in Salzgitter**

Rede auf dem Salzgitter-Forum,
5./6. März 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung zum Salzgitter-Forum.

Beim diesjährigen Forum steht der Kampf um den Erhalt der Reichswerke, der Kampf gegen die Demontage, im Mittelpunkt.

Verständlich! Schließlich war das exakt vor 60 Jahren.

Und daran zu erinnern, gibt uns nicht nur die Möglichkeit die Geschichte aus heutiger Sicht zu bewerten, sondern auch einige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich möchte zur Entstehung der Reichswerke und zum Kampf der Belegschaft gegen die Demontage einige Bemerkungen machen und mir erlauben, einige Bewertungen zu versuchen und auch Schlussfolgerungen zu wagen.

Die Entstehung der Reichswerke und der Kampf der Belegschaft gegen die Demontage

Wir wissen: 1937 wurden die „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring““ gegründet. Hintergrund waren die Autarkiebestrebungen und die Kriegsvorbereitung des faschistischen deutschen Staates. Die Machthaber brauchten Stahl – für Panzer und Kanonen.

Die Ruhrkonzerne weigerten sich, in die Verhüttung der sauren Erze des Harzvorlandes zu investieren. Quasi aus diesem Streit mit der Ruhrindustrie heraus erfolgte die Gründung des Staatskonzerns. Aber (um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen): Beide Seiten haben nach eigenen Aussagen bereits nach wenigen Wochen wieder Frieden geschlossen.

Trotzdem: Das Verhältnis blieb nie spannungsfrei.

Allerdings: Die Privatkonzerne konnten prächtige Geschäfte machen.

So z.B. Friedrich Flick. Er tauschte seine Beteiligung an der Harpener Bergwerks AG gegen die Braunkohlewerke des Petschek-Konzerns ein, die die Reichswerke gerade den jüdischen Besitzern geraubt hatte.

Die Braunkohlewerke waren nun „sauber“, somit Flick kein Ariseur.

Die Reichswerke wurden zum größten Unternehmen Deutschlands. Nicht zuletzt durch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Noch heute zeugen etwa 4.000 Gräber auf den Ehrenfriedhöfen in Salzgitter von den Menschenleben, die die mörderischen Arbeitsbedingungen gekostet haben. Man könnte sagen, der Konzern ist auch mit dem Blut der arbeitenden Menschen bezahlt worden.

Das Hüttenwerk in Salzgitter wurde aus dem Nichts auf die „grüne Wiese“ gestellt. 1933 lebten etwa 20.000 Menschen im Raum Salzgitter. 10 Jahre später hatte sich die Einwohnerzahl mehr als verfünffacht. 40.000 Deutsche waren zugezogen. Etwa gleich viele Zwangsarbeiter sind nach Salzgitter verschleppt worden. Sie lebten in 35 Lagern im Stadtgebiet. 60.000 Menschen arbeiteten 1944 bei den Reichswerken, davon über 26.000 auf der Hütte.

Den mörderischen Krieg haben die Hüttenwerke interessanterweise gut überstanden. Die Schäden waren unbedeutend.

Wie in anderen Regionen auch: Nach Kriegsende herrschte Wohnungsnot, viele lebten in Baracken.

Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Verwaltungen usw. fehlten fast vollständig.

Nach der Befreiung vom Faschismus war Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Das Hauptabsatzgebiet der Reichswerke lag nun in der sowjetischen Besatzungszone.

Es gab viele Überlegungen zur Zukunft im Nachkriegsdeutschland.

Da war z.B. der Morgenthau-Plan, nach dem Deutschland zu einem Agrarstaat zurückentwickelt werden sollte. Lediglich 70000 t Stahl sollten zukünftig in Deutschland erschmolzen werden. Der Plan war rasch verworfen worden und niemals Richtlinie der Besatzungspolitik.

Allerdings: Bis zur Unterzeichnung des Marshall-Plans im April 1948 wurde gemäß der Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz gehandelt.

In Potsdam hatten die Siegermächte die politischen Grundsätze der Besatzungspolitik festgelegt. Je nach Lesart wurden 4 oder 5 „D’s“ ausgehandelt: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung und als fünftes „D“ Demontage. Zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden sollten Industrieanlagen demontiert und Ländern der Anti-Hitler-Koalition übergeben werden.

Die Gewerkschaften und die Belegschaften haben sich nicht grundsätzlich gegen die Wiedergutmachung gesperrt. Die von den deutschen Truppen angerichteten materiellen Schäden sollten beseitigt werden, soweit das überhaupt geht. Allerdings war die spannende Frage: wie?

Die Alliierten wollten den Abtransport der Produktionsmittel. Die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer waren dafür, die Produktion rasch wieder aufzunehmen und aus der laufenden Produktion heraus die Wiedergutmachung zu leisten. Das entsprach nicht der Haltung der Besatzungsmächte. Der Konflikt war vorprogrammiert.

Nur zur Klarstellung: Wir müssen trennen zwischen dem Abbau von Anlagen, das ist die Demontage im eigentlichen Wortsinn – und der Zerstörung von Anlagen zur Rüstungsproduktion, die anderweitig nicht genutzt werden konnten. Das war die Demilitarisierung.

Wir müssen uns die damalige Zeit vor Augen führen:

Ein mörderischer Krieg, unzählige Tote, Hunger, bitterste Armut, kein richtiges Dach über dem Kopf und übermächtige Militärs.

Trotz alledem: Die IG Metall der britischen Zone hatte 1947 beschlossen, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu zahlen, die gegen die Demontage gestreikt haben. Prompt kam die Retourkutsche: Eine direkte Weisung der britischen Besatzungsmacht, so etwas künftig auszuschließen und um den Ernst der Sache zu unterstreichen wurde mit einem Gewerkschaftsverbot gedroht.

Wahrlich kein Pappentil ! Wenngleich sich die Zusammenarbeit zwischen den Männern und Frauen der ersten Stunde mit den Alliierten vor Ort durchaus entwickelte.

An vielen Orten haben die Betriebsräte das Heft des Handelns in ihre Hände genommen. Viele Werksleitungen waren abgetaucht. Im Sommer 1945 wurden auf Initiative von Arbeitern erste Betriebe der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter (wie das Werk seit 1945 genannt wurde) wieder in Gang gesetzt. Gebrauchsgegenstände wurden hergestellt, Eisenbahnwaggons repariert. Ende 1945 wurde wieder Erz gefördert.

Führende Köpfe waren damals Kollegen wie z.B. Erich Söchtig, Heinrich Wegener oder Erich Seewald. Politische Leuchttürme. Viele von ihnen waren Mitglied in der KPD. Ohne aber die Orientierung an der Außenpolitik der Sowjetunion mitzumachen oder gar die Demontagepolitik. Infolge traten viele aus der Partei aus und schlossen sich der „Gruppe Arbeiterpolitik“ (Arpo) an. Ein Zusammenschluss „Linker“, die die Politik der KPD ablehnten, aber an ihrer sozialistischen Überzeugung festhalten wollten.

Die Betriebsräte versuchten, in diesen wirren Zeiten die durchaus vorhandenen Spielräume für einen größeren Einfluss und zu einer Erweiterung der Mitbestimmung zu nutzen.

Es gab keine Gesetze, jedenfalls keine eindeutigen. Für betriebliche Regelungen gab es durchaus Freiräume. Also ging es darum, die Freiräume zu nutzen. Viele Beispiele sind gerade auch aus dem Bezirk Hannover bekannt.

Bundesweit z.B. der erste Arbeitskampf seit 1933 auf deutschem Boden. In dem Streik bei Bode-Panzer ging es um Macht und Einfluss – es ging um die wirtschaftliche Mitbestimmung. Otto Brenner hat daran entscheidend mitgewirkt.

Bei den Reichswerken lief nicht alles „rund“. Der Betriebsrat konnte sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht vollständig durchsetzen. Man hatte sich mühselig geeinigt - am 2. März 1947. In Paragraf 8 heißt es: “Der Betriebsrat wirkt bei dem betrieblichen Wiederaufbau, bei der Festlegung des Produktionsprogramms im Rahmen der staatlichen Lenkung und bei der Schaffung neuer Arbeitsmethoden mit.“ (Erkämpft, S. 118)

1947. Ein wahrhaft spannendes Jahr!

1947 wurde die Dezentralisierung mit der Entflechtung der Montankonzerne angepackt. Die Reichswerke sollten ihre Erzbasis verlieren. Das konnte abgewendet werden. Mitte des Jahres 1947 wurde der sogenannte revidierte Industrieplan fertig gestellt. Auf der Demontageliste standen 682 Betriebsstätten, die zur vollständigen oder teilweisen Demontage freigegeben waren. Die Reichswerke standen obenauf.

Die Hälfte der Kokereien, drei Viertel der Hochöfen, das gesamte Stahl- und das gesamte Walzwerk sowie Nebenbetriebe wie Gießerei, Schmiede und die Zentralwerkstatt sollten demontiert werden. Als das im Oktober 1947 bekannt wurde, war das ein riesiger Schock für alle; die Enttäuschung riesengroß. Frust, Mutlosigkeit, Hilflosigkeit machte sich breit. Die Reichswerke gehörten zu den Betrieben, die am stärksten von der Demontage betroffen waren.

Außer dem Erzbergbau wäre kaum etwas übrig geblieben. Bei der britischen Besatzungsbehörde hatte sich festgesetzt: Die Reichswerke sind nicht wirtschaftlich zu betreiben. Was das für die Menschen in der Region bedeutete, war nicht ihre Sache.

In Salzgitter wird die ganze Widersprüchlichkeit der Besatzungspolitik deutlich: Wie sollte eine Demokratisierung möglich sein, wenn sie durch Demontage, durch den Abbau von Arbeitsplätzen ihre materielle Basis verliert? Durch die Zuweisung von Flüchtlingen nahm die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in Salzgitter weiter zu.

Das Leben war ausgesprochen hart: Jedem standen nur 200 Gramm Fleisch im Monat zu. Oft lebte eine vierköpfige Familie auf 12 m² Wohnraum. „Viele unserer Kameraden verrichten ihre Arbeit in Lumpen gehüllt“, stellte der Betriebsrat noch im August 1949 fest. (Schreiben an die AFL vom 22.8.1949, in: *Erkämpft*, S. 151) Wenn es denn Arbeit gab!

Die Lebensinteressen ganzer Regionen waren bedroht. „Die Demontage der Industrie bedeutet die Demontage der Demokratie“ das wurde zum Motto bei der Verteidigung des Werkes.

Im Frühjahr 1947 war die Produktion wieder angelaufen. Auf Drängen des Betriebsrates.

Parallel verlief der Abbau von Anlagen auf dem Gelände der Reichswerke ohne Zwischenfälle. Man hatte vereinbart, dass die Demontage von eigenem Personal vorgenommen wird, um überflüssige Zerstörungen zu vermeiden. Auch hoffte der Betriebsrat, auf dem Verhandlungswege mit der Besatzungsbehörde zumindest die Erhaltung eines industriellen Kerns erreichen zu können.

Inzwischen hatte sich die politische Großwetterlage geändert. Der Kalte Krieg beherrschte zunehmend die politische Szene. Für Westeuropa galt der Marshallplan, der auf einen zügigen Wiederaufbau und die Einbeziehung in einen antikommunistischen Block abzielte.

Wiederaufbau und Demontage widersprechen sich natürlich. Deshalb wurde die sogenannte Humphrey-Kommission eingerichtet, die diese Ungereimtheiten beseitigen sollte. Konkret wurden 167 Betriebe von der Demontageliste gestrichen, darunter war die gesamte Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes, aber nicht die Reichswerke.

Während die Humphrey-Kommission arbeitete, erhöhte die britische Besatzungsbehörde das Tempo ihrer Demontageaktivitäten. Die abgebauten Anlagen lagen verpackt auf dem Werksgelände, bereit zum Abtransport. Viele vermuteten, die Briten wollten der Humphrey-Kommission zuvor kommen. Die Hoffnung auf eine Verständigung rückte in immer weitere Ferne.

Dann kurz vor der Wahl zum ersten Bundestag: die Interalliierte Reparationsagentur gibt bekannt, wohin die verpackten Anlagen der Reichswerke gehen sollen. Die Bekanntmachung hat eine neue Situation heraufbeschworen.

Am 17. und 18. August legten die Beschäftigten nach einem Beschluss der Ortsverwaltung die Arbeit nieder. An der Protestkundgebung nahmen über 7.000 Menschen teil. Gewerkschaften, die Kommunalverwaltung und die Kirchen standen einmütig hinter dem Protest. Otto Brenner, Ernst Söchtig sowie der Arbeitsminister und spätere Ministerpräsident Alfred Kubel sprachen zu den Arbeitern.

Otto Brenner sagte dort: „Wir sind der Meinung, und das muss einmal den Alliierten ganz deutlich gesagt werden, dass gerade diese Demontagepolitik in der Vergangenheit nichts anderes bedeutet hat, als einen Abbau unserer so jungen Demokratie, die nach 1945 entstanden ist und nach 1945 die ersten Schritte machen wollte. Denn es ist ganz klar, dass die Gegner der Demokratie alles das, was heute geschieht, mit dieser Identifizieren.“ (Bericht über die Kundgebung am 18. August 1949, in: *Erkämpft*, S. 146.)

Söchtig forderte auf der Kundgebung, dass zumindest fünf Hochöfen, ein Mischer, drei Walzstraßen, vier Kokereibatterien und die notwendigen Nebenbetriebe bleiben müssen. Damit wäre der Kern des Werks gerettet gewesen. Solche Forderungen erinnern an die Kämpfe in den neuen Bundesländern. Da ging es auch um den Erhalt industrieller Kerne.

Seit September 1949 hatte der Betriebsrat seine Öffentlichkeitsarbeit durch Flugblätter, Pressekonferenzen und Transparente an Werksgebäuden verstärkt. Auf den zur Demontage vorgesehenen Anlagen waren schwarze Fahnen aufgezogen worden

Jede Möglichkeit der Einflussnahme wurde gesucht – jedes Gespräch.

Am 4. November war eine Delegation des Betriebsrates bei Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Er versprach, sich für den Erhalt der Reichswerke einsetzen zu wollen.

Und in der Tat: Ende November 1949 vereinbarte die Bundesregierung mit den Alliierten das Petersberger Abkommen.

Weitere Produktionsanlagen wurden aus dem Demontageplan genommen. Die Reichswerke waren nicht dabei.

Im Frühjahr 1950 wurden im Bundesgebiet die Demontagen nahezu eingestellt.

Am 24. November 1949, in einer Aussprache über das Petersberger Abkommen im Bundestag, bezeichnete Adenauer den Erhalt der Reichswerke als nicht durchsetzbar. „Das sei bedauerlich, aber nicht zu ändern“.

Die Debatte ging in die Geschichtsbücher ein. Allerdings mehr wegen des Vorwurfs von Kurt Schumacher. Er beschuldigte Adenauer als „Kanzler der Alliierten“

Es kam, wie es kommen musste:

In Salzgitter wurden an fünf Plätzen Protestversammlungen mit etwa 30.000 Teilnehmern organisiert. Mehr als verständlich! Lag doch Ende 1949 die Arbeitslosenquote in Watenstedt-Salzgitter bei fast 30 Prozent. Die Region wurde zum Notstandsgebiet erklärt.

Einen Tag vor Weihnachten 1949 war dann im Radio zu hören, dass die Demontage im Januar 1950 fortgesetzt wird.

Damit wurde die Situation noch bedrückender.

In einer außerordentlichen Betriebsratssitzung im Beisein von Otto Brenner sagte Erich Söchtig: „Mit Briefen und Erklärungen ist uns nicht gedient. Die Kollegen müssen das Gefühl haben, das alles getan worden ist, was getan werden konnte.“

Brenner wollte ebenfalls alle Mittel ausschöpfen, warnte aber: „Wenn auf dem Verhandlungswege nichts erreicht wird, dann durch Gewalt schon gar nicht.“ (Ein halbes Jahrhundert, S. 63.)

Zwischen dem 15. und 17. Februar 1950 wurden die ersten Fundamente gesprengt. Völlig zu Recht sprach der Betriebsrat von „sinnloser Zerstörung“. 90 Prozent aller Hochbauten sollten dem sinnlosen Treiben zum Opfer fallen.

Der Abbau von Anlagen kann ja noch einen gewissen Sinn machen, wenn die Anlagen an anderer Stelle wieder eingesetzt werden. Oft wurden die weggeschafften Anlagen in den begünstigten Ländern aber eben nicht genutzt und hatten somit nur noch Schrottwert.

Die Sprengung von Fundamenten war aber noch etwas anderes. Das war ein vollkommen sinnloses Zerstörungswerk.

Ohne Fundamente ist ein Wiederaufbau kaum noch möglich. In Salzgitter war das besonders absurd, denn ohne die Hütte gab es keine andere Möglichkeit, der gestiegenen Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen. Zumindest nicht kurzfristig.

Das Ganze eskalierte: Am 2. März wurde mit der Bohrung von Sprenglöchern an den Fundamenten der Kokerei begonnen. Als das in der Hauptwerkstatt bekannt wurde, sind die Kollegen unter der Leitung von Erich Seewald losmarschiert und haben die Bohrmaschinen unbrauchbar gemacht.

Es war zu erwarten: Britisches Militär marschierte auf. Bedrohlich! Offiziere wurden beschimpft. Fahrzeuge umgeworfen. Zuständigkeitshalber wurde die deutsche Polizei gerufen. Sie ist aber nicht eingeschritten. „Gott sei Dank nicht“! Söchtig und Heinrich Wegener konnten die aufgebrachten Arbeiter beruhigen, so dass sich die Soldaten wieder zurückzogen.

In den folgenden Tagen gab es weitere handfeste Aktionen gegen die Sprengungen. Zündschnüre wurden herausgerissen und die hohen Masten zur Demontage der Hochöfen zum Umkippen gebracht. Es kam zu Handgreiflichkeiten gegenüber Arbeitern von Demontagefirmen. Das Büro einer dieser Firmen wurde demoliert. Zeichnungen und Pläne, die zum Abbau der Anlagen unerlässlich waren, wurden verbrannt.

Dann die Besetzung des Werksgeländes am 7. März. Deutsche Polizei zog auf und die britische Armee mit etwa 40 Panzerspähwagen. Eine mehr als bedrohliche Situation. Geradezu explosiv!

Gott sei Dank hielt sich die Polizei zurück und stellte demonstrativ ihre Sympathie mit den „Aufständischen“ zur Schau.

Trotzdem eskaliert die Situation: Etwa 2.000 Arbeiter hatten sich vor der Kokerei versammelt, um die Zerstörung zu verhindern. Ein Panzer raste in die Menge und stieß mit einem Werksfahrzeug zusammen. Die aufgebracht Arbeiter bedrängten die Panzerbesatzung. Prompt entsicherten die Soldaten die Gewehre und legten auf die Arbeiter an. Die Nerven lagen blank. Einige Arbeiter sollen die Hemden aufgerissen und zum Schiessen aufgefordert haben. Heinrich Wegener vom Betriebsrat ging dazwischen. Er konnte die Lage beruhigen. Der Panzer wurde wieder freigegeben. So ist ein drohendes Blutbad verhindert worden.

Der britische Landeskommissar Lingham schaltete sich ein. Er ließ sich vom Betriebsrat und von der Werksleitung informieren. Er lehnte es jedoch ab, die Sprengungen zu beenden.

Am 8. März 1950, auf den Tag genau vor 60 Jahren, haben sich die Arbeiter wieder auf dem Werksgelände versammelt. Sie fordern Taten.

Zu ihnen sprach Bundesarbeitsminister Anton Storch. Das CDU-Mitglied Storch kam von der christlichen Holzarbeiter-Gewerkschaft der Weimarer Republik und hatte zusammen mit Brenner die Gewerkschaften in Hannover aufgebaut. Allerdings wollten die Arbeiter nichts von ihm hören. Seine Rede wurde durch Zwischenrufe und Pfiffe der Werkslokomotiven gestört.

Das Aufgebot von Sicherheitskräften war enorm. Ein Regiment der britischen Armee war auf das Werksgelände vorgerückt. Mit ihnen 500 deutsche Polizisten, die aber offen mit den Arbeitern sympathisierten. Derartig gesichert, wurden weitere Werksteile gesprengt.

Allerdings: Einen Tag später stellten deutsche Demontagefirmen die Arbeit ein.

Die Truppenpräsenz in Salzgitter wurde nochmals verstärkt. Man demonstrierte Stärke. Aber damit nicht genug! Die britische Besatzungsbehörde verlangte vom niedersächsischen Ministerpräsident Kopf die Urheber der Aktionen zu bestrafen und die Polizei habe künftig Unruhen zu verhindern.

Betriebsrat und Werksleitung beeilten sich zu erklären, nach besten Kräften für Ruhe sorgen zu wollen.

Eine zum Zerreißen angespannte Lage. Nervenaufreibend!

Dann am 17.März: Lingham verkündete einen vorläufigen Demontagestopp. Offenbar hatten sogar die USA das sture Festhalten der Briten an den Sprengungen kritisiert.

Erneute Verhandlungen. Am 25. März dann die Erklärung, die Sprengungen aussetzen zu wollen. Die Truppen wurden abgezogen.

In den folgenden Wochen schwebte die Belegschaft zwischen Hoffen und Bangen. Zwar konnten Erleichterungen vereinbart werden, dennoch wurde weiter gesprengt.

Die verpackten Anlagen wurden abtransportiert, begleitet von Protesten.

Am 13. Dezember 1950 legen die Arbeiter der beiden letzten noch tätigen deutschen Demontagefirmen die Arbeit nieder.

Dann endlich der 22. Januar 1951: Das Ende der Demontage wird verkündet.

Vermutlich hat der erhöhte Stahlbedarf der USA die ausschlaggebende Rolle gespielt. Bekanntlich führten die USA seit Juni 1950 in Korea Krieg.

Bemerkenswert: Das Symbol des Kampfes, der Hochofen 5, war erhalten geblieben.

Die Anlagen waren zu mehr als 90 % demontiert worden. 260.000 Tonnen Betriebseinrichtungen im Wert von ca. 180 Millionen Reichsmark hatte man abtransportiert. (Stahl und Technik, S. 275)

Es bedurfte noch bis zum 25. März 1953, dann war es so weit:
Der Wiederaufbau des Werks beginnt.

Ich darf für mich festhalten: Der Kampf hat sich ohne Zweifel gelohnt.
Wenige Jahre nach den Aktionen wurde investiert, neue Anlagen errichtet
und vor allem: Beschäftigung in der Region gesichert.

Mit der Entwicklung der industriellen Kerne haben sich auch andere Betriebe
angesiedelt. Das zeigt: Beschäftigungspolitik ist möglich, wenn man
Industriepolitik will. Eine „laissez faire et laissez passer“ Politik wird den
Lebensinteressen der übergroßen Mehrheit Bevölkerung nicht gerecht.

Wir haben auch im Osten flächendeckend erleben müssen, was es heißt,
sich den Marktkräften zu ergeben. Statt zu sanieren wurde privatisiert auf
„Teufel komm raus“. Die Folgen sind bekannt. Statt blühender Landschaften,
Massenarbeitslosigkeit auf höchstem Niveau. Infolge: Abwanderung gerade
der jüngeren Arbeitskräfte.

Die Salzgitter AG ist mittlerweile ein unabhängiger und wettbewerbsfähiger
Stahlhersteller. Die Basis dazu haben nicht zuletzt die mutigen Männer und
Frauen des Betriebsrates und die Belegschaft, die entschlossene
Bevölkerung von Salzgitter gelegt.

Die besondere Mitbestimmung bei der Salzgitter AG

Ohne Zweifel: Die entschlossene Haltung bei der Verteidigung der Hütte hat das Ansehen des Betriebsrates enorm gesteigert: In den Belegschaften, in der Öffentlichkeit, in den Unternehmensetagen. Der Mut war das eine. Der Rückhalt in den Belegschaften das andere.

Der Organisationsgrad in der Hütte lag bei über 90 %; manche Abteilungen waren zu 100 % organisiert.

Natürlich kam der Interessenvertretung der Arbeitnehmer auch eines zugute: Die Entnazifizierung führte in vielen Fällen dazu, dass die Betriebsräte hier ihre Rolle genutzt haben. Sogenannte „Persilscheine“ waren Gang und gäbe. Belastete haben sich oftmals bei den Interessenvertretungen „freigekauft“ – bei entsprechender Reue.

Erich Söchtig z.B.: Er bewahrte solche Geständnisse im Panzerschrank auf. Bei Verhandlungen mit der Betriebsleitung wurde durchaus auf solche „Tatbestände“ verwiesen. Manche beispielhafte Regelungen wurden dadurch erst gangbar. (Bergmann, S. 36, unter Bezug auf Interviews mit Zeitzeugen.)

Z.B. die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern – alle dreißig Mitglieder waren freigestellt. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz waren nur sechs vorgesehen. Jedes Betriebsratsmitglied hatte ein Büro und zusätzlich ein Sitzungszimmer.

Vertrauensleute wurden für Bildungsmaßnahmen der IG Metall für bis zu drei Tage unter Fortzahlung des Lohnes freigestellt. Der Vertrauenskörperleiter war einem Betriebsratsmitglied gleichgestellt.

Otto Brenner bei einem Betriebsbesuch: „Erich, das gibt's in ganz Deutschland nicht.“

Z.B. Schichtarbeit: In einer eigenen Schichtarbeiterstudie wurden die spezifischen Belastungen dieser Gruppe untersucht. Das mündete in einer Betriebsvereinbarung, in der die für Schichtarbeiter besonders belastenden Faktoren wie Muskelarbeit, Unfallgefährdung und Anforderung an Sinne und Nerven höher bewertet wurden.

Ein „arbeitswissenschaftliches Team“ wurde aus einem Werksarzt, dem Betriebspsychologen, einem Arbeitstechniker und dem Assistenten des Arbeitsdirektors gebildet. Dieses Team hatte die Aufgabe, Arbeitsplätze gezielt zu analysieren, um sie menschengerecht umzugestalten. Das war bis dahin einmalig. Geradezu beispielhaft! Das Team wurde auch bei der Neuplanung von Anlagen einbezogen, um Fehler in arbeitsergonomischer Hinsicht von vornherein zu vermeiden.

Das 1962 gegründete Ergonomiezentrum ging auf eine Initiative von Arbeitsdirektor Adolf Jungbluth zurück.

Die bekannte „Salzgitter-Kanzel“ für Kranfahrer wurde entwickelt: Anstatt in gefährlicher Höhe bei Lärm, Hitze und Staub zu arbeiten, wurden verglaste und klimatisierte Kanzeln eingesetzt. Das hätte unter normalen Umständen zu einem geringeren Einkommen geführt, da Belastungen weggefallen sind. Also wurde der Faktor „Aufmerksamkeit“ eingeführt, und die Kranführer kamen auf den gleichen Verdienst wie zuvor.

Ich beschreibe das deshalb so ausführlich, weil das ein Beispiel ist für gelebte Mitbestimmung.

Übrigens hat sich die Einführung der Kanzeln für den Konzern gerechnet. Unfälle wurden vermieden und die Produktion von Ausschuss ist zurückgegangen. Außerdem wurden die Kanzeln zu einem Verkaufsschlager. In den 1970er Jahren entwickelte das Ergonomiezentrum bereits Verbesserungen für Büroarbeit.

Es gab natürlich auch manche Ungereimtheiten.

Da musste z.B. der Betriebsrat von einigen Verbesserungen erst überzeugt werden. Die Belegschaft übrigens auch. Es dauerte eine Weile, bis die Helmpflicht akzeptiert worden ist.

Da gab es epochemachende Entwicklungen. Da wurde der Monatslohn eingeführt, um die ärgerlichen Schwankungen des Einkommens zu beseitigen. Beispielhaft sind auch die Konzepte zur beruflichen Bildung bei der Salzgitter AG - und das seit Jahrzehnten.

Da gab es das Thema Leiharbeit.

Seit April 1957 war das Verleihen von Arbeitnehmern gesetzlich verboten. Zuwiderhandlungen waren mit Gefängnis bedroht. Dennoch wollten die Stahlwerke an der Ruhr nicht auf diese billige und flexible Personalreserve verzichten.

So wurden fingierte Rechnungen für Bauarbeiten gestellt, um illegale Leiharbeit zu bezahlen. Schätzungen zufolge soll es 1957 etwa 300.000 Leiharbeiter gegeben haben. Sie erhielten zwar den gleichen Stundenlohn wie Festangestellte, allerdings keine Sonderzahlungen, wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und so weiter.

Es galten keine Kündigungsfristen, die Leiharbeiter konnten von heute auf morgen abbestellt werden. In manchen Hüttenwerken wurde Festangestellten betriebsbedingt gekündigt. Anschließend holte man Leiharbeiter herein. Schon damals ging darum, Personalkosten zu sparen.

Einen völlig anderen Weg ging die Salzgitter AG.

Dort war ein sogenannter „Einsatzbetrieb“ eingerichtet worden. Das war einerseits eine Notwendigkeit, um den neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen die technischen und organisatorischen Zusammenhänge in einem Hüttenwerk zu erklären und sie auf die zahlreichen Unfallgefahren hinzuweisen.

Andererseits war der Einsatzbetrieb eine Art interne Personalreserve, dem Beschäftigte zugewiesen wurden, für die es in der Hütte zeitweise keine Arbeit gab. Selbstverständlich mit vernünftiger Bezahlung. So wurden betriebsbedingte Kündigungen vermieden. Bei Auftragsspitzen konnten Arbeitskräfte abgerufen werden, um Personalengpässe zügig zu überwinden.

Leider hat sich das Konzept aus Salzgitter nicht durchgesetzt.

Der „Spiegel“ resümierte: Die Montankonzerne an der Ruhr wollten auf ihre „billige und risikolose Arbeitskraftreserve nicht verzichten“ deshalb sei dort „der Modellfall Salzgitter höchst unerwünscht“ (Spiegel, „Versand von Muskelpaketen“, 07.08.1957).

Nach 60 Jahren: Was bedeutet dieser Kampf heute für uns?

Ich erlaube mir einige weitere Bewertungen und Schlussfolgerungen:

1.

Gewerkschaftsarbeit war und ist keinesfalls automatisch ein Garant für Erfolg. Auch nicht die Geschlossenheit und der Kampfeswille von Belegschaften und/oder Bürgerbewegungen. Eine Binsenweisheit!

Als aktuelle Beispiele will ich an die AEG, Nürnberg erinnern oder an OTIS in Stadthagen. Deshalb gilt nach wie vor:

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“.

Ich weiß, dass vor 60 Jahren die Rolle der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsspitzen hier in Salzgitter kritisch gesehen wurde.

Aber nicht nur damals!

Viele hatten sich eine lautstärkere Beteiligung der Gewerkschaftsvorstände gewünscht. Natürlich wird da auch die unterschiedliche Auffassung von Gewerkschaftsarbeit sichtbar – die unterschiedliche Herangehensweise an Probleme und deren Lösung.

Selbst wenn das Ergebnis kein anderes geworden wäre, ist die Frage, wie man an eine Sache herangeht doch von entscheidender Bedeutung. Jeder weiß, manches kann eine Gewerkschaft nicht tun, ohne unkalkulierbare Risiken herauf zu beschwören.

Das war beispielsweise den Kolleginnen und Kollegen während der Septemberstreiks 1969 durchaus bewusst. Sie mussten die Sache selbst in die Hand nehmen. Das gilt auch für Betriebsräte. Auch der Betriebsrat der Reichswerke hat nicht zu allen Aktionen aufrufen können und sich von einem dubiosen „Verteidigungskomitee zur Rettung der Reichswerke“ sogar distanziert. Letztlich dürfte diese Arbeitsteilung der Kern des erfolgreichen Kampfes gewesen sein.

Einerseits unmittelbarer Druck der Belegschaft, andererseits die Verhandlungen des Betriebsrates, der Gewerkschaften (von Otto Brenner, von Hans Böckler) aber auch der Landesregierung

2.

Ohne Zweifel waren die Umstände durchaus gegeben, den Anspruch der Arbeitnehmer an einer größeren Teilhabe am Wirtschaftsgeschehen anzugehen.

Da waren die Alliierten. Sie wollten demokratische Verhältnisse in Deutschland. Und da war die Stimmung in Deutschland. "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!". Das war für viele die Schlussfolgerung aus den grausamen Erfahrungen im „Tausendjährigen Reich“. Und viele haben den Zusammenhang gesehen und nicht vergessen, gerade die Kohle- und Stahlbarone gehörten zu den Steigbügelhaltern des Faschismus.

Eine Neuordnung musste her. Das war der Wille der übergroßen Mehrheit. „Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“. So die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947.

Die Hessen hatten sogar die Sozialisierung der Schlüssel- und marktbeherrschenden Unternehmen in die Verfassung geschrieben. Bemerkenswert!

3.

Auch die Unternehmer haben die gesellschaftspolitische Umbruchstimmung gesehen – soweit sie wieder an Bord waren. Sie waren bereit, weitgehende Zugeständnisse an die Arbeitnehmerschaft zu machen.

Sie waren bereit, sogar die gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitnehmer in der Unternehmenspolitik zu akzeptieren.

So hatte z.B. Klöckner die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat angeboten und eine Präsenz im Vorstand der Gesellschaft. Sicher nicht aus Überzeugung sondern mehr um einer drohenden Sozialisierung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

4.

Wir wissen heute, dass das Zeitfenster für solche Neuordnungsvorstellungen nur sehr klein war. Die restaurativen Kräfte hatten sich bereits (für viele überhaupt nicht erkennbar) neu formiert.

Schon 1947 hatten sich durchaus kluge Köpfe um Müller-Armack daran gemacht, die Neuordnung aus ihrer Sicht zu definieren. Am Starnberger See arbeitete die Gruppe an dem Programm der „Sozialen Marktwirtschaft“.

Während also die Arbeitnehmer in dieser Zeit die Folgen der verheerenden Nazi-Herrschaft beseitigen halfen, Schutt und Asche beiseite schafften für den Neuanfang, haben die anderen bereits die Pflöcke gesetzt für die Zeit danach.

5.

Es kam wie es kommen musste. 1951 mussten die Gewerkschaften bereits mit dem Streik drohen, um wenigstens die paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und den Unternehmen des Bergbaus zu halten.

Böckler und Adenauer haben sich im letzten Moment auf dieses Modell der Montanmitbestimmung geeinigt. Aber eben begrenzt auf diese beiden Industriebereiche Kohle und Stahl.

Bereits 1952 wurde mit der Betriebsverfassung deutlich, dass sich die Hoffnung der Gewerkschaften immer mehr in Luft auflösen, peu a peu die Montanmitbestimmung auf die anderen Unternehmen ausdehnen zu können.

Die Konservativen und restaurativen Kräfte saßen bereits wieder fest im Sattel.

6.

Was lernen wir daraus?

Zu keiner Zeit wurde den Arbeitnehmern etwas geschenkt. Sie mussten immer und immer wieder ihre Ansprüche, ihre Rechte, ihre Verbesserungen erkämpfen.

Und auch das Er kämpfte war und ist nicht sicher. Es muss immer wieder aufs Neue verteidigt und gesichert werden.

7.

Der Siegeszug des Kapitalismus scheint unaufhaltsam. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz scheint jede Schranke für das kapitalistische Wirtschaftssystem infrage gestellt.

Und einige Politiker beeilen sich, möglichst alle Fesseln zu lösen, um die freie Entfaltung der Marktkräfte zu ermöglichen (wie sie behaupten).

Alles, was sich dem freien Spiel der freien Kräfte in den Weg stellt, soll eingegrenzt oder gar beseitigt werden.

Da wurden die Veräußerungsgewinne „freigestellt“ (steuerfrei), mithin der Turbo- Kapitalismus gezündet.

Jetzt, wo der Casino- Kapitalismus an seine Grenzen gestoßen und die riesige Finanzblase geplatzt ist, kommt die Ernüchterung.

Aber auch hier scheint sich das Zeitfenster bereits wieder zu schließen, in der die Chance besteht, eine Regulierung der Finanzmärkte ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Kein Infragestellen der Finanzmarktprodukte.

Im Gegenteil !

Das Bafin hat bereits wieder die sogenannten Lehrkäufe freigegeben. Also weiter so!? Die Zeche zahlt wieder einmal die breite Mehrheit über Steuern und Abgaben.

Da werden Unsummen für die Banken ausgelegt. Geradezu über Nacht.

Da wurde nicht lange gefackelt, schon gar nicht lamentiert.

Als die Gewerkschaften eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes forderten oder eine Verlängerung; oder mehr Geld für eine bessere Bildung, oder mehr Geld für mehr Kindertagesstätten.

Dann war das Lamentieren groß.

Da ging die Welt unter!

Da ist kein Geld da. Dann ist der Bundeshaushalt gefährdet.

Wenn solche Unsummen für die Banken ausgelegt werden, dann ist es nur richtig, sich dafür auch den Einfluss in den Banken selbst zu sichern, gegebenenfalls durch direkte Eigentumsübertragung.

Es muss endlich Schluss sein mit dieser unseligen Arbeitsteilung:

Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert!

8.

Welche Alternativen haben die Gewerkschaften heute?

Da ist zunächst einmal der Staat. Die Konservativen und Neoliberalen wollen die Funktion des Staates immer mehr zurückschneiden. Mit eingängigen Parolen wie "Soviel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig!" oder: „Wir brauchen einen schlanken Staat!“ oder: „Runter mit den Steuern!“

Jeder aber weiß: Nur die Reichen können sich einen armen Staat erlauben. Die Arbeitnehmer brauchen einen aktiven Staat. Einen Staat, der die Gemeinschaft fördert und seine gesellschaftlichen Aufgaben wahrnimmt, z.B. im Bereich der Bildung oder der Infrastruktur.

Der Staat hat die öffentlichen Güter in ausreichendem Umfang und in ausreichender Qualität sicherzustellen.

Wir sehen derzeit den anderen Trend.
Da wird privatisiert, koste es was es wolle!

Möglichst alle Lebensbereiche sollen individualisiert werden. Ob das den Bereich der Bildung betrifft (Privatschulen) oder die Gesundheitsvorsorge, die Altersversicherung oder die Verkehrsinfrastruktur, immer das gleiche Strickmuster.

Alles in dem Wahn, ein privater Investor würde alles besser machen und vor allem billiger. Das Gegenteil ist überwiegend der Fall.
Jeder kann das nachprüfen bei der Bahn, der Post oder den andere Versorgungseinrichtungen.

Deshalb: Wir müssen uns den Staat zurückerobern.
Wir dürfen Politik und Staat nicht den anderen überlassen.

9.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik die sich dem Ziel einer hohen Beschäftigung verpflichtet fühlt.

Es macht wenig Sinn, Geld zur Bezahlung von Arbeitslosigkeit bereitzustellen statt Beschäftigung zu finanzieren.

Wir brauchen ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm.
Arbeit ist genug da. Sie muss nur bezahlt werden.
Allerdings zu vernünftigen Preisen.

Wir brauchen keine Niedriglöhne und schon gar kein Lohndumping. Deshalb:
Wir brauchen Mindestlöhne. Flächendeckend!

10.

Da sich die Unternehmenspolitik schleichend den veränderten Marktbedingungen untergeordnet hat, bedarf es hier mannigfaltiger Korrekturen.

Die ausschließlich „Shareholder value“ getriebene Unternehmenspolitik, der Wettbewerbswahn, zielt auf immer kurzfristigere Renditen.

Ohne Rücksicht auf die Folgen. Es geht aber um mehr Nachhaltigkeit.

Es geht um den schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen.

Immer höher, schneller, besser ohne Rücksicht auf unsere Umwelt ist kein Zukunftsmodell. Wir müssen umsteuern! Wir brauchen so etwas wie eine gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung.

11.

Die Unternehmensführungen müssen stärker als bisher in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung genommen werden.

Am Beispiel der CO₂ Emissionen ist deutlich geworden: freiwillige Selbstbeschränkungen führen nicht weiter.

Deshalb, getreu dem Motto: „Geld regiert die Welt“, sollten die Managergehälter an solche Ziele gebunden werden.

Das gilt gleichermaßen für die Standort- und Beschäftigungsfragen.
Auch hier müssen wir neue Wege in der Bezahlung der Manager gehen.

12.

Unternehmensentscheidungen stärker an gesamtgesellschaftliche Vorgaben zu binden, da ist sicher in erster Linie der Gesetzgeber gefordert.

Beschäftigungsabbau und Standortverlagerung sind nicht nur gesellschaftlich zu ächten sondern auch gesetzlich zu beschweren. Z.B. durch eine „Verlagerungsabgabe“.

Bei Volkswagen bedarf es bei Standortverlagerung und Werksschließungen einer 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat. Deshalb: Ein VW Gesetz für alle!

Schlussbemerkungen

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gesehen, wie sich eine Utopie der Arbeiterbewegung zuerst selbst ruiniert und dann in nichts aufgelöst hat. Wir müssen aus der Geschichte lernen.

Georg Christoph Lichtenberg, der Naturwissenschaftler aus Göttingen, hat einmal gesagt: "Ob es besser wird, wenn es anders wird, weiß ich nicht. Dass es anders werden muss, wenn es besser werden soll, ist gewiss."
(Lichtenberg, Sudelbücher, Heft K, 293)

Ich sehe keine andere Wahl, als dass wir uns mit aller Kraft für Veränderungen einsetzen. Die Erinnerung an unsere Kolleginnen und Kollegen, die 1950 um die Hütte gekämpft und ihre Arbeitsplätze verteidigt haben, bleiben uns ein Beispiel.

Der Kampf für eine bessere Zukunft bleibt unsere Aufgabe.

In diesem Sinne Glückauf!

Literatur

Erkämpft: Walter Kieser, Kurt Thomas Schmitz: Erkämpft – aber nicht gesichert. Schwerpunkt im Kampf um Arbeitsplätze und Mitbestimmung: Das Beispiel Salzgitter, Bind Verlag Köln 1983.

Ein halbes Jahrhundert: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.), Ein halbes Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der IG Metall in Salzgitter. Ein Lese-Bilder-Buch, Hamburg 2003.

Stahl und Technik: Salzgitter AG (Hrsg.:9, Horst A. Wessel (Bearb.), Stahl und Technologie. Die Geschichte der Salzgitter AG 1858-2008, o.O., o.J [2008].

Bergmann: IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter (Hrsg.), Ralf Bergmann (Bearb.), Stahl oder Rüben. Die Entwicklung der Industriegewerkschaft Metall nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1990.

Kolb: Johannes Kolb, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1970.